

Generalkommission keine Beträge von ihr annahm und daß die Zulassung eines Delegierten dieser Richtung zum Kongress mit der Begründung verweigerte, die Angelegenheit sei die eines einzelnen Berufes und von diesem erledigt. Die Buchdrucker-Gewerkschaft bezeichnet diese Entscheidung als unhaltbar da die Leipzig'sche Gewerkschaft auch Zentralorganisation sei und doch wenigstens zur Frage der Tarifgemeinschaft ein Delegierter zum Worte gelassen werden sollte. Man überläßt die Sache der Mandatsprüfungskommission und wählt diese aus sieben Delegierten.

Auf Antrag Boersch-Berlin wird der Punkt 6 der Tagesordnung: Die Arbeitsvermittlung, an vierte Stelle und der Punkt Gewerbeinspektion an sechste Stelle gerückt.

Von Bollender-Leipzig wird beantragt, zum Punkt Tarifgemeinschaft einen Korreferenten zu bestellen, er erwidert sich selbst, das Korreferat zu halten. Nach längerer Debatte, die sich namentlich um die Bestätigung dreht, daß die Buchdrucker, statt die grundsätzliche Seite der Frage zu erörtern, ihre Berufsstreitigkeiten vortragen würden, wird wohl die Auffassung eines Korreferenten beschlossen, aber nachdem Döblin-Berlin unter lautem Widerspruch erklärt hat, daß er und seine Freunde eine Wahl Bollenders zum Korreferenten als gegen den Buchdruckerverband gerichtet ansehen müßten, auf Antrag Leipziger-Stuttgarter die Bestellung Bollenders zum Korreferenten ausgelegt, bis über die Zulassung der Sonderorganisation der Buchdrucker beschlossen ist.

Den Redenschaftsbericht der Generalkommission erstatete Legten-Hamburg: Die Generalkommission bildet auf eine erfolgreiche Tätigkeit zurück, und sie verdankt ihre Erfolge dem Zusammenfluß der Gewerkschaften. Alle Gewerkschaften von nennenswerter Bedeutung sind in der Generalkommission vereinigt. Aus dem Quartalsbetragen stand der Kommission betraute die doppelte Einnahme zur Verfügung, wie zur Zeit des letzten Kongresses, trotzdem die Beitragsquoten auf dem letzten Kongress fast auf die Hälfte reduziert worden sind. Die Gelder sind teilweise zur Agitation durch Berufsorganisationen, teilweise zur direkten Agitation durch die Generalkommission selbst (Flugblätter, Redner) verwendet worden. Die Kommission hat bei der Zuwendung von Unterstützungen Vorsicht walten zu lassen. Die Erhebungen bei dem gleich nach der Gründung eingegangenen Schlichterverband nötigten dazu. Organisations sollen zunächst aus eigener Kraft ihre Existenzberechtigung erweisen. Die wirtschaftliche Konjunktur mit der Agitation in den einzelnen Verbänden und nicht zum wenigsten mit dem Vorgehen anderer Gegner haben nicht geholfen. Auch das geheime Rundschreiben des Grafen Posadowsky hat Wunder gewirkt. Es hat den Glauben an die Arbeitervorjore seitens der Regierung zerbrochen. Denn Graf Posadowsky hat selbst zugestehen müssen, daß er das Rundschreiben auf Anregung der Baugewerksunternehmer erlassen hat. In Obereschleien ist ein Arbeitersekretariat eingerichtet worden. Die Zweifelschichtigkeit erschwerte dort die Agitation sehr. Wir versuchten es erst mit Zuzuhilfenahme polnische Agitatoren, mußten aber die Erfahrung machen, daß diese mehr die großpolitische, als die gewerkschaftliche Agitation betrieben. Wie uns unsere Agitation erschwerer wird, das haben wir schon im Korrespondenzblatt berichtet. Die offizielle postzeitliche Ueberwachung meines Gewerkschaftsbureaus, die ich zuerst zu erdulden hatte, wurde schließlich auf meine energische Betreiben eingestellt. Aber Vorklugeorgane heften sich in Obereschleien fortgesetzt an die Ferien unserer Agitatoren. Hier zeigt sich der Erfolg der Generalkommission, denn einzelne Organisations wurden nichts ausrichten können. Es ist gesagt worden, die Agitation unter den italienischen Arbeitern komme nur den Bauarbeitern zu gute. Die Generalkommission geht deshalb auch nur ein Drittel für die Herstellung des Blattes her, die übrigen zwei Drittel werden von den speziell interessierten Gewerkschaften getragen. Es besteht der Plan, auch das schon vorhandene polnische Gewerkschaftsblatt Gornit auf die Generalkomm. zu übernehmen. Die Mitglieder- u. Streitkraftlisten der S.-B. haben sich glänzend bewährt, sie sind eine treffliche Waffe für den Koalitionskampf, der uns ausgegangen wird. Hätten sich die Gewerkschaften nur noch besser auf dieser Stafflist beteiligt, wir würden konstatieren können, daß auf 1000 Streikende nicht drei, sondern nur zwei kommen, die sich eines Vergehens schuldig gemacht haben. Die Erhebungen über die Verhältnisse der Hausindustrie und des Schwelphütens konnte die Generalkommission nicht anstellen, das überließ ihre Kräfte. Dagegen ist die Darstellung der Verhältnisse im Baugewerbe selbst vom Bundesratsrat als anerkannt worden. Weiter sind Erhebungen über die Arbeiterinnen im graphischen Gewerbe veranlaßt worden, die aber auch nicht ganz zum Abschluß gelangt sind. Als Darlehen sind im ganzen Mt. 17600 an einzelne Zentralverbände gewährt worden. Die Ausschichtsbehörde der Generalkommission, der Gewerkschaftsausschuß, die Verantwortung für diese Darlehen nicht übernehmen wollen, und der Kongress hat zu entscheiden. Wir hoffen, daß der Kongress den Beschlüssen der Generalkommission beitreten wird. Die Generalkommission legt ihr Mandat in die Hände ihrer Auftraggeber zurück in dem Bewußtsein, daß sie nicht ganz umsonst gearbeitet hat. (Beifall.)

Die Revisoren beantragen Decharge für den Kassierer, die auch erfolgt.

Die Distrikte, die bis in die Nachmittags Sitzung fortbauert, dreht sich in der Hauptsache um die referierenden Beträge, die Beibehaltung des Gewerkschaftsausschusses und die Agitation unter Polen und Italienern. Fuchser-Wien begrüßt die Delegierten, dankt für die Unterstützung der österreichischen Bewegung und schildert die österreichischen Verhältnisse. Nach einem Schlussworte Reglens wird der Generalkommission einstimmig Entlastung er-

telt. Das Weiterbestehen der Generalkommission wird ebenfalls einstimmig beschlossen. Der Gewerkschaftsausschuß soll weiter bestehen bleiben. Die Generalkommission soll künftig aus sieben Mitgliedern bestehen und soll weiter das Recht haben, Vertreter auf die Generalversammlungen der Einzelverbände zu senden. Die Beitragsliste, auch die vor dem 1. Juli 1896, werden nicht gestrichen. Die im Rückstande befindlichen Organisationen werden verpflichtet, ihre Reste binnen 3 Jahren zu bezahlen. Die im Jahre 1886 von der Generalkommission kontrahierten Schulden in Höhe von Mt. 15220 sollen nunmehr zurückerstattet werden. Eine Anregung, die Gläubiger zu ersuchen, das Geld den Bränner Textilarbeitern zu überweisen, schießt auf Widerspruch und wird deshalb vom Vorsitzenden fallen gelassen. Um alle auf die Generalkommission bezüglichen Anträge zu einer Resolution zusammenzufassen, wird beschlossen, eine Kommission von 7 Mitgliedern zu wählen.

Nach dem Bericht der Mandatsprüfungskommission sind 127 Delegierte anwesend, die 493638 Mitglieder vertreten. Größere Beitragsrechte wegen will die Kommission die Mandate der Zigarensortierer und Tabakarbeiter nicht anerkennen. Die Kommission hat ferner auch das Mandat des Vertreters der Gewerkschaft der Buchdrucker mit 4 gegen 3 Stimmen nicht anerkannt und schlägt folgende Resolution vor:

„Die Kommission hält es nicht für die Aufgabe des Kongresses, sich in die irdischen Streitigkeiten zwischen dem Verbands der Buchdrucker und der Gewerkschaft der Buchdrucker zu mischen. Der Kongress weiß es ab, Schlichter zu sein in diesen Differenzen bei der einseitigen Darstellung des Sachverhalts seitens der Gewerkschaft der Buchdrucker in dem vorliegenden gedruckten Zirkular. Der Kongress erkennt den Verband der Buchdrucker als die einzig rechtmäßige Organisation an und sind darum nur deren Vertreter zum Kongresse zugelassen, das vom Zentralkomitee der Gewerkschaft der Buchdrucker ausgestellte Mandat für Otto Pollender aber als unzulässig zurückweisen.“

Pollender-Leipzig hält den Beschluß der Ausschließung der Buchdrucker-Gewerkschaft für verfehlt; denn die neugebildete Buchdrucker-Gewerkschaft sei eine Zentralorganisation, die nach dem Kongressbeschluss von 1896 zum Kongress zugelassen werden müsse. Die Behandlung jener Gewerkschaft müsse er als parteiisch bezeichnen. Die Gründung der neuen Organisation sei aus sachlichen Gründen erfolgt. Er hofft, daß die Mehrheit des Kongresses sein Mandat für gültig erklären werde.

Leipziger-Stuttgarter, Döblin-Berlin erklären sich gegen, Klotz-Leipzig, Soyner-Leipzig und Jaack-Dresden für die Zulassung Pollenders. Nachdem Pollender nochmals sein Mandat verteidigt hat, wird die Debatte geschlossen.

Die Mandate der Bergarbeiter, Steinleger, die wegen kleiner Formfehler zweifelhaft waren, sowie diejenigen der Tabakarbeiter und Zigarensortierer werden zunächst für gültig erklärt. Ueber die Zulassung des Mandates Pollenders wird in namentlicher Abstimmung entschieden. Die große Mehrheit der Delegierten stimmt gegen die Zulassung. Das genaue Resultat der Abstimmung wird erst morgen bekannt gegeben. Die Leipziger Delegierten aus fast allen Berufen stimmen für die Zulassung Pollenders.

Darauf wird darüber debattiert, ob Pollender als Korreferent für den Punkt Tarifgemeinschaft bestellt werden solle. Nachdem sich namentlich die Buchdrucker energisch dagegen erklärt haben, wird beschlossen, zu dem Punkte einen Korreferenten überhaupt nicht zu bestellen. Damit ist diese Frage erledigt.

Eine Auslassung über die Verschmelzung.
Von Chr. Kändler.

Die Urabstimmung über die Zusammenlegung des „Senefelder-Bundes“ mit dem „Verein der Lithographen, Steindruck u.“ ist allerorts im Gange oder bereits erledigt und sollen daher meine Ausführungen zur Sache als Beeinflussung nicht angesehen werden.

Der Gedanke, welcher zu Anfang als Keim in den S.-B. hineingelegt worden ist, denselben ähnlich dem Buchdruckerverband zu gestalten, ist nicht nur reger geblieben, sondern hat Wurzeln geschlagen, es ist ein Stamm entstanden, welche haben sich entwickelt, ein Baum hat sich gebildet, der jetzt im Stande ist, Stürmen zu trotzen, ohne im Grunde erschüttert werden zu können. Diesen Baum als organisches Gebilde, in Rücksicht auf die ihn umgebenden sozialen, wirtschaftlichen und politischen Bewegungsvorgänge, naturgemäß zu hegen und zu pflegen, daß ihm neben neuen Ästen und Zweigen auch eine gesunde Krone entstehen möge, soll unsere künftige Aufgabe sein.

Der Geist der Buchdruckerorganisation durchschwebte alle bisherigen Kongresse und Generalversammlungen des Senefelder-Bundes, ohne eine wirklich greifbare Gestalt zu erlangen. Nur langsam konnte sich der beginnende Organismus den drückenden Widerständen und Hinterzissen, welche in den unruhigen, unklaren Meinungen und Auffassungen über das Buerstrebende bestanden, empowunden. Noch niemals vorher konnte mit Ernst an eine Verwirklichung des Planes gedacht werden, da alle Voraussetzungen und Vorbereitungen, als Klarheit über Zweck und Ziel und hauptsächlich das notwendige Mittel, eine erkenntnisvolle Angänger-Gesellschaft von Berufsgenossen fehlte. Einen Misserfolg hat der S.-B. nach dieser Richtung hin nicht erlebt, weil er eine solche Organisation in Wirklichkeit niemals gewesen, sondern von Einzelnen angebahnt worden ist und der Organisationsplan und ein großer Teil damaliger Mitglieder nur auf dem Papiere standen. Wenn gegenwärtig, nachdem der S.-B. durch sein durch die sozial-reformatoren Einfluss geschaffenes Unterstützungsclassenwesen zum Teil, wenn auch in anderer Form, erreicht hat, was genannter Verband in sich schließt, der Gedanke wieder aufsteigt, das Werk zu vollenden, so ist das ein

natürlicher Entwicklungsvorgang in der Bewegungsgeschichte unseres Bundes. Und wenn dann andererseits bei der Gewerkschaftsorganisation die Ansicht Platz gegriffen, daß durch die Notwendigkeit der Förderung des Unterstützungswehens ein gemeinamer Boden mit dem Senefelder-Bund betreten werde, wodurch die eine Organisation als überflüssig erachtet, so bedeutet dies einen großen Fortschritt in der Zusammengehörigkeit und der gemeinsamen Arbeit zur Erlangung einer besseren und einer gesicherten Lebenslage.

Obgleich die in neuerer Zeit in schnelleren Bahnen gelaufene Agitation zur Erreichung dieses Ziels meinen Gefühlen widerspricht, weil dieselbe den Schein erregt, als wolle man daselbst in einem Sprung mit Macht im Jahre 1900 schon einnehmen, wozu ich beiderseits noch mehrjährige Vorarbeiten für nötig halte, so ist mir dennoch die sanftliche Gegenbewegung unbegrifflich. Hat man auch bei den Rücksprechern nicht immer genügend Rücksicht genommen auf diejenigen Mitglieder des Bundes, welche der Gewerkschaftsbewegung gleichgültig oder feindselig gegenüberstehen in deren Interesse, wie von autoritatöser Seite ausgesprochen, eine Verschmelzung nicht liegt, weil solchen die jetzigen Einrichtungen des S.-B. hinreichend sind, so ist aber die Verbreitung des Gedankens in offener, ehrlicher Weise vor sich gegangen. Die List aber der Gegner, die den zur Zeit noch günstigen Moment ausnützend, eine Urabstimmung über die Verschmelzung zu veranlassen, die man gar nicht wünscht (um diese Frage aus der Welt und angeblich Ruhe zu schaffen) kann, weil solche noch nebenbei die ebenfalls verweilende Beeinflussung der Mitglieder durch einen Teil der Mitglieder des Hauptvorstandes und der Kontrollkommission hervorrief und wodurch eine heillose Verwirrung veranlaßt wurde, im Austausch über eine so wichtige Frage, als moralisch nicht anzu sehen werden. Eine Erhebung über die Meinung der Gesamtmitglieder in dieser Frage, konnte auf Anordnung des Hauptvorstandes und der Kontrollkommission geschehen, ohne den umständlichen Apparat der Urabstimmung. Würde sich eine Mehrheit für Verschmelzung ergeben, was ja ausgeschlossen (auch in Leipzig ist eine solche nicht vorhanden) so könnte, da die Verhältnisse auf beiden Seiten noch nicht die nötige Reife der Entwicklung erlangt haben, ein Misserfolg die wahrscheinlichste Folge der Ueberleitung sein. Denn die inneren Kämpfe um die Verwaltungsgüter, wie solche sich jetzt schon hier und dort zeigen, können eine normale Entwicklung nicht zetteln. Die bestehenden Gegensätze sind in der Natur aller Dinge begründet und bedingen den Fortschritt, jedoch dürfen solche nicht bis zur Einseitigkeit entwickelt werden. Die Gefühle und Leidenschaften müssen durch den Verstand und die Vernunft geregelt und ausgeglichen werden. In diesem Sinne wollen wir die Weiterbearbeitung unseres Planes fortsetzen bis das erreicht sein wird, was auch zum Wohle aller Berufsgenossen notwendig ist. Die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung kennt keine Grenzen. Die Anträge auf Vereinigung zu einem Verbands werden wiederkehren aber ernstlicher.

Abrechnung

über die Einnahmen, Ausgaben u. Markenbestand zum internationalen Sekretariat. Für das Quartal Oktober-Dezember 1898.

Städte	Beitr.-marken erhalten	Beiträge	Markt-Markenbestand
1 Aachen	15	Mt. —	15
2 Altenburg*	50	—	60 44
3 Alshersleben*	200	—	2,80 172
4 Augsburg*	200	—	2,50 175
5 Baden-Baden	25	—	80 17
6 Barmen	160	—	3,80 122
7 Bayreuth	130	—	4,40 86
8 Berlin I.	2500	—	40,— 2100
9 Berlin II, Chemnig.	600	—	8,10 519
10 Bielefeld*	120	—	1,30 107
11 Bochum	20	—	20 18
12 Bonn	30	—	80 22
13 Brandenburg*	200	—	4,40 156
14 Braunschweig	50	—	2,— 30
15 Bremen	175	—	2,70 148
16 Breslau	500	—	500
17 Buzlau*	70	—	90 61
18 Bünde i. W.*	25	—	70 18
19 Cassel	200	—	4,— 160
20 Chemnitz	400	—	11,— 290
21 Coblenz a. R.	30	—	70 23
22 Danzig	25	—	25
23 Darmstadt	75	—	2,— 55
24 Detmold	200	—	2,50 175
25 Dresden*	1000	—	18,— 840
26 Düsseldorf	70	—	1,— 60
27 Dortmund	50	—	50
28 Düsseldorf	90	—	1,10 79
29 Eisenfeld*	100	—	1,50 85
30 Erfurt	150	—	2,— 130
31 Frankfurt a. M.	400	—	400
32 Fürth i. B.*	400	—	7,40 326
33 Frankfurt a. O.*	40	—	70 33
34 Gera M. i. L.	120	—	3,80 82
35 Glogau	160	—	160
36 Hamburg	450	—	13,— 320
37 Halle a. S.	90	—	90
38 Hanau	90	—	90
39 Hannover	1000	—	1000
40 Halberstadt*	100	—	2,20 78
41 Heilbronn	70	—	2,30 47
42 Hildesheim (eingegangen)	—	—	—

